



POWER
in
a UNION

industriAll Europe
Mid-Term Conference

Eine starke Stimme für die
Industriebeschäftigten in Europa

Strategischer Plan

2023 - 2025

Zum Zeitpunkt der Ausarbeitung des Strategieplans steckt Europa in einer strukturellen und wirtschaftlichen Krise, wie sie die meisten Europäer*innen in ihrem Leben noch nicht erlebt haben. Diese Krise bedroht das derzeitige sozioökonomische Modell und stellt unsere Industrien vor große Herausforderungen.

Wir erleben aktuell eine neue Wirtschaftskrise, die die Einheit des sozioökonomischen Gefüges der EU bedroht. Neben vielen anderen militärischen Konflikten verdunkeln Russlands Einmarsch in die Ukraine, in Verbindung mit Spekulationen auf den Rohstoffmärkten, und neue geopolitische Gegebenheiten die sozioökonomischen Aussichten und stürzen die EU in politische Ungewissheit. Die Inflation ist auf Rekordniveau. Die Energiekrise, die aus der Abhängigkeit von Gasimporten, der steigenden Stromnachfrage und dem Versagen des derzeitigen Preismodells resultiert, droht die europäische Industrie zu lähmen. Die steigenden Lebenshaltungskosten verstärken die soziale Ungleichheit und schwächen die Kaufkraft der europäischen Arbeitnehmer*innen. Sie lassen Millionen Menschen in die Armut abrutschen und schüren die Angst vor sozialen Unruhen.

Wir können zwar nicht vorhersagen, ob der Krieg zu Ende sein wird, wenn wir in Thessaloniki über den Strategieplan diskutieren, davon, dass uns die schrecklichen Auswirkungen des Krieges sowie Nachwirkungen der COVID-19-Krise in den nächsten Jahren weiterhin beschäftigen werden, ist jedoch auszugehen.

Dieser Kontext zwingt uns, die geopolitischen Beziehungen Europas neu zu überdenken. Sowohl China als auch die USA verstärken ihre Bemühungen, die führende Rolle bei der Produktion entscheidender Zukunftstechnologien zu spielen. Aus diesem Grund wurde der Inflation Reduction Act verabschiedet, um die amerikanische Industrie bei der Energiewende zu unterstützen. Er hat das Ziel, das Land zu reindustrialisieren, indem der Schwerpunkt auf die Entwicklung und Schaffung von gut bezahlten, gewerkschaftlich repräsentierten Arbeitsplätzen gelegt wird. Europa steht nun vor der Herausforderung, eine Antwort zu finden, die sich auf gute, gewerkschaftlich repräsentierte Arbeitsplätze und öffentliche Investitionen für die Transformation unserer Industrie konzentriert.

Es wird erforderlich sein, den multinationalen Unternehmen, die nur auf kurzfristige Gewinne ausgerichtet sind, die Stirn zu bieten. Die Rolle von industriAll Europe wird darin bestehen, gegen Standortverlagerungen und Arbeitsplatzverluste zu kämpfen, die sich aus Entscheidungen ergeben, die nur zu höheren Aktionärgewinnen führen, ohne den Fortbestand von Unternehmen und Arbeitsplätzen zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund müssen sich die Aktivitäten von industriAll Europe im Zeitraum 2023-2025 auf drei Schwerpunktbereiche konzentrieren:

- Aufbau von Gewerkschaftsmacht für sichere und nachhaltige Industriearbeitsplätze in Europa
- Aufbau gewerkschaftlicher Macht für faire Entgelte und Bedingungen
- Aufbau von Gewerkschaftsmacht für europäische Solidarität und Frieden

Die Stärkung der Gewerkschaftsmacht ist von entscheidender Bedeutung, um unseren Einfluss zu erhöhen und unsere Prioritäten durchzusetzen. Eine wesentliche Voraussetzung für das Erreichen unserer politischen Ziele ist das Gewinnen und das gewerkschaftliche Erschließen neuer Mitglieder in allen Sektoren und unter verschiedenen Gruppen sowie die Bindung von Mitgliedern. Wir müssen außerdem unsere Mobilisierungskraft stärken.

Wir können keine Gewerkschaften aufbauen, wenn die Gewerkschaften, Gewerkschaftsmitglieder und Arbeitnehmer*innen bedroht und bisweilen für das, was sie sind und für ihre Aktionen verurteilt werden. Deshalb müssen industriAll Europe und ihre Mitglieder alle Instrumente und Netzwerke mobilisieren, um all jenen zu Hilfe zu kommen, die bedroht, verfolgt und mitunter zu Unrecht verurteilt werden. Die Beschäftigten müssen sich mobilisieren, um diese Arbeitnehmer*innen zu unterstützen und das Management zum Einlenken zu bewegen. Die Regierungen und die EU müssen die Vereinigungsfreiheit, die freie Ausübung gewerkschaftlicher Tätigkeit, die freie Meinungsäußerung und vor allem die Nichteinmischung der Arbeitgeber in das Leben der Gewerkschaften schützen und garantieren.

Es gilt die Europawahlen 2024 zu nutzen, um unserer Stimme Gehör zu verschaffen. Es muss deutlich gemacht werden, warum die Wahlen für die Industriegewerkschaften in diesem wichtigen Jahrzehnt und für die industriepolitische Agenda der EU so relevant sind.

1. Aufbau von Gewerkschaftsmacht für sichere und nachhaltige Industriearbeitsplätze in Europa

Gemeinsam vereint sind wir bei industriAll Europe in der Überzeugung: Europa braucht eine ehrgeizige, auf die Zukunft ausgerichtete Industriestrategie. In den vergangenen Jahrzehnten sind ganze Bereiche der europäischen Produktion verlagert worden, und wir zahlen heute einen hohen Preis dafür. Es braucht daher mehr Vernetzung unter den europäischen Partnern – ein koordiniertes miteinander, keinen harten Wettbewerb. Dafür brauchen wir politische Investitions- und Innovationsstrategien. Wir benötigen kluge Verbünde und Cluster für Industriefelder, in denen Europa stark ist, um sie international wieder an die Spitze zu führen. Es braucht den massiven Einsatz von Mitteln und den unbedingten Willen, die Reindustrialisierung Europas zu fördern. Es muss eine Politik der Reindustrialisierung verfolgt werden, die durch die Rückverlagerung strategischer Aktivitäten und Produkte in die EU allen Mitgliedstaaten zugute kommt. Europa muss seine Rolle als industrielle und politische Macht wahrnehmen, um seinen Binnenmarkt und seine Arbeitsplätze zu verteidigen.

Wir brauchen starke und stabile Industrien, um starke Industriegewerkschaften aufzubauen. Für die Entwicklung einer starken und nachhaltigen Industriestruktur brauchen wir außerdem die kollektive Erschließung der Beschäftigten auf jeder Stufe der industriellen Lieferketten, in denen die grundlegenden Arbeitnehmer-, Gewerkschafts- und Menschenrechte geachtet werden müssen. Ohne Nachhaltigkeit gibt es keine Stabilität. Ohne soziale Gerechtigkeit gibt es keine nachhaltigen Industrien.

Nur mit nachhaltigen Industrien, die gute Arbeitsplätze mit tarifvertraglich geregelten Arbeitsbedingungen und sozialen Garantien auf hohem Niveau bieten, können wir den Wohlstand für diese und künftige Generationen sichern. Dieses Jahrzehnt ist für Investitionen in die Transformation und Entwicklung nachhaltiger, kohlenstoffarmer Industrien von entscheidender Bedeutung. Der digitale und ökologische Wandel ist in Europa und im Rest der Welt in vollem Gange. Wir als Industriegewerkschaften müssen sicherstellen, dass die Beschäftigten im Mittelpunkt dieses Wandels stehen. Die Pandemie und Russlands Einmarsch in die Ukraine haben die Schwächen der globalen Wertschöpfungsketten, der Energiestrategien und -abhängigkeiten offengelegt und dazu geführt, dass die reine Marktlehre zugunsten staatlicher Lenkungswirkung und aktiver Industriepolitik zurückgedrängt wurde. Auch wenn Politiker*innen den Markt aus ökologischen Gründen regulieren, tragen sie eine direkte Verantwortung dafür, die notwendigen Instrumente für einen geordneten und gerechten Strukturwandel durch einen sozialen Dialog zu schaffen, bei dem die Arbeitnehmer*innen im Mittelpunkt stehen. Dekarbonisierung und

Digitalisierung dürfen nicht zu Deindustrialisierung führen. Diese Gefahr besteht angesichts des harten globalen Wettbewerbs in vielen Sektoren und des Fehlens weltweit gleicher Wettbewerbsbedingungen.

Wir bekennen uns zu den europäischen Klimazielen. Auch wenn sich andere Länder Europa bei der grünen Transformation anschließen, bedarf es wahrhaft globaler Anstrengungen und Zusammenarbeit, um die Auswirkungen der industriellen Produktion auf das Klima und die Umwelt wirksam zu stoppen. Technologie allein wird diese Übergänge nicht erfolgreich oder gerecht machen, sondern nur eine starke soziale Agenda – ein wirklich gerechter Strukturwandel. Den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften kommt eine entscheidende Rolle zu, wenn es darum geht sicherzustellen, dass gute Industriearbeitsplätze geschaffen, umgewandelt und erhalten werden. Beschäftigte in kohlenstoffbasierten Industrien, für die ein Übergangs-/Transformationsprojekte entwickelt wurde, müssen gehört werden. Diese Projekte, getragen von den Gewerkschaften, müssen geprüft werden, bevor Entscheidungen getroffen werden.

Der gerechte Strukturwandel und die damit einhergehenden technologischen Veränderungen müssen einen neuen industriellen Aufschwung ankurbeln, der an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer*innen ausgerichtet ist. IndustriAll Europe setzt sich für nachhaltige, gut bezahlte Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen in ganz Europa ein. Europa muss die Mittel und Instrumente in Richtung einer Dekarbonisierung umlenken, die so erfolgt, dass sowohl die Umwelt als auch die Beschäftigteninteressen geachtet werden. Es gilt: „Nichts über uns ohne uns!“

Wir werden:

- i. die Umsetzung einer inklusiven, nachhaltigen und resilienten europäischen Industriepolitik fordern, mit der die strategische Autonomie Europas gestärkt, der faire und nachhaltige internationale Handel respektiert, Wachstum und sozialer Fortschritt in den verschiedenen Regionen Europas gefördert sowie der Wettbewerb zwischen den Regionen um Investitionen und im Kampf gegen die Deindustrialisierung verhindert wird. Es muss sichergestellt werden, dass öffentliche Gelder der Nationalstaaten sowie der Europäischen Union an durchsetzbare Verpflichtungen zur Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit geknüpft werden. Alle Beihilfen müssen vom Schutz und der Gewährleistung guter Arbeitsplätze abhängig gemacht werden. In diesem Zusammenhang muss auch die Ausschüttung von Dividenden an Bedingungen geknüpft und überwacht werden. Wir bestehen auf einer gerechteren Umverteilung des Wohlstands. Es gilt die europäischen Vorschläge für eine grüne europäische Industriestrategie aktiv zu begleiten und schnelle Maßnahmen einzufordern, um eine entschlossene europäische Reaktion auf den IRA der USA umzusetzen. Diese Reaktion muss auf fairen internationalen Handel und Zusammenarbeit mit dem gemeinsamen Ziel eines grünen und digitalen Wandels abzielen, und sie muss ökologisch, sozial gerecht und damit an einer Stärkung der europäischen Gewerkschaften ausgerichtet werden, einschließlich verbindlicher Bedingungen für Handel und nachhaltige Entwicklung und deren Durchsetzung. Es sind auf Solidarität basierende Initiativen erforderlich, um die Industriebeschäftigten und kritische Branchen, wie die Automobilindustrie und andere Branchen, in denen Emissionen nur schwer zu reduzieren sind, während des Strukturwandels zu unterstützen.
- ii. einen gemeinsamen gewerkschaftlichen Ansatz für die Reform des Wettbewerbsrechts und die Überarbeitung der Regelung für staatliche Beihilfen entwickeln, die an soziale und ökologische Bedingungen geknüpft sind.
- iii. uns rein aktionärsorientierten Unternehmensstrategien widersetzen, die zu einer Deindustrialisierung Europas führen, indem wir mittels einer starken gewerkschaftlichen Koordinierung in multinationalen Unternehmen nachhaltige industrielle Alternativen entwickeln.

- iv. die Auswirkungen auf die Quantität und Qualität der Arbeitsplätze in unseren Industriezweigen kontinuierlich prüfen bzw. infrage stellen. Wir werden gute und nachhaltige Arbeitsbedingungen und ein gesundes und sicheres Arbeitsumfeld verteidigen und fördern, einen Schwerpunkt auf den Arbeitsschutz und die Vermeidung von Berufsrisiken legen und versuchen, die Zahl der Arbeitsunfälle zu reduzieren und gleichzeitig durch Schulung zur Lösung des Arbeits- und Fachkräftemangels und zur wirksamen Durchsetzung der Arbeitsschutzvorschriften beitragen.
- v. betonen, dass der Mangel an Arbeitskräften und den erforderlichen Qualifikationen, aufgrund fehlender Schulung/ Weiterbildung im Laufe des gesamten Arbeitslebens, eine gerechte Transformation behindern kann, mit schwerwiegenden Folgen für die Arbeitnehmer*innen. Die nationalen Aufbaupläne und das Europäische Semester müssen Programme für Weiterbildung und Umschulung vorsehen, die die Übergänge zwischen Beschäftigungsverhältnissen erleichtern und sicherstellen, dass niemand zurückgelassen wird.
- vi. Organisingkonzepte und -pläne für aufstrebende Wirtschaftszweige und Unternehmen entwickeln und gleichzeitig den gewerkschaftlichen Organisationsgrad in den bestehenden Industrien erhöhen. Wir werden die Mitgliedsorganisationen durch die Mobilisierung gewerkschaftlicher Solidarität unterstützen, und alle notwendigen Schritte unternehmen, um Arbeitnehmer*innen, Gewerkschaftsmitglieder und Gewerkschaften zu schützen, die in ihrer Gewerkschaftsarbeit entweder von Unternehmen oder von Staaten selbst bedroht werden. Wir werden unsere Mitgliedsorganisationen dabei unterstützen, neue Strategien und Instrumente zu entwickeln, um mehr Mitglieder zu organisieren, anzuwerben und zu schulen und starke Tarifverträge auf nationaler und sektoraler Ebene abzuschließen. Besonderes Augenmerk gilt dabei Arbeitsplätzen in neu entstehenden Industriezweigen (infolge der Digitalisierung und Ökologisierung) und digitalem Organising.
- vii. uns insbesondere für junge Menschen einsetzen, indem wir Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme (bzw. Programme für gleichwertige Bildungsgänge) mit Übernahmegarantien sowie guten Arbeitsbedingungen und unbefristete Vollzeitverträge fördern.
- viii. bei all unseren Forderungen die Geschlechterperspektive berücksichtigen, um Gleichheit und Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts zu gewährleisten. Der Förderung von Frauen in technischen Berufen und MINT-Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, muss besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, um einerseits dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und andererseits Frauen bessere Entgelt- und Karrierechancen in technischen Berufen zu bieten.
- ix. uns über den Energienotstand hinaus für eine Überarbeitung der EU-Energiapolitik einsetzen, mit der eine stabile Versorgung mit erschwinglichem, kohlenstoffarmem Strom und Gas für eine nachhaltige Zukunft sichergestellt wird. Energie kann nicht allein durch den Markt gelenkt werden; das System muss angemessen reguliert und organisiert werden, um eine sichere und bezahlbare Versorgung mit sauberer Energie für alle, als allgemeines Gut, zu gewährleisten. Spekulationen und Profitmacherei mit lebensnotwendigen Gütern müssen durch Preismonitoring unterbunden werden und wir müssen weiter gegen Liberalisierungsschritte bei lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen kämpfen.
- x. uns dafür einsetzen, dass unsere kollektive Verantwortung gegenüber künftigen Generationen in Bezug auf die CO₂-Neutralität bis 2050, das Null-Abfall-Ziel und den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft stets im Auge behalten wird. Dies muss mit einer Agenda für einen gerechten Strukturwandel einhergehen, die eine wirksame Reindustrialisierung ermöglicht und durch Planung, Antizipation und Bewältigung des Wandels eine Lösung für jede Beschäftigte und jeden Beschäftigten und jede Region garantiert.

- xi. das Potenzial digitaler Technologien ausloten, um den Übergang zu einer zukunftsfähigen, intelligenten, sauberen und innovativen Industrie zu fördern, die gestützt auf einen starken sozial-ökologischen Ansatz einen Beitrag zu einer gerechten und inklusiven Gesellschaft leistet. Wir fordern, dass die EU erhebliche Mittel für die Grundlagenforschung bereitstellt, um diese Ziele zu gewährleisten.
- xii. Maßnahmen fordern, um die Lieferengpässe bei wesentlichen Bauteilen und Rohstoffen zu beheben. Es ist sicherzustellen, dass zukünftig keine einseitigen Abhängigkeiten von Dritten entstehen, welche die Industrieproduktion und die Versorgung von Menschen in Europa mit lebensnotwendigen Gütern (einschließlich medizinischer Versorgung) gefährden. Die aktuelle Situation hat die strategische Notwendigkeit einer europäischen Autarkie in Schlüsselindustrien (insbesondere in Bezug auf Investitionen in F&E) sowie einer starken Politik für den Bergbau und die Förderung der Kreislaufwirtschaft unterstrichen.
- xiii. daran arbeiten sicherzustellen, dass die makroökonomische Politik im Einklang mit unseren industriepolitischen Zielen steht.
- xiv. die zügige Umsetzung der europäischen Richtlinie zur Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit einfordern. Eine EU-weite Regelung sollte einen gemeinsamen Mindeststandard festlegen, aber kein Land darf an weitergehenden Maßnahmen gehindert werden. Wir setzen uns für eine europäische Lösung ein, damit die Unternehmen proaktiv die ILO-Kernarbeitsnormen und Umweltstandards entlang der gesamten Wertschöpfungskette nicht nur einhalten, sondern auch fördern. IndustriAll Europe und IndustriALL Global Union sollten bei der Bearbeitung von Beschwerden über Verstöße gegen die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht mit den Gewerkschaften der Hauptsitzländer zusammenarbeiten.

2. Aufbau gewerkschaftlicher Macht für faire Entgelte und Arbeitsbedingungen

Der soziale Dialog, Tarifverhandlungen und die Einbeziehung der Arbeitnehmer*innen haben ihre Wirksamkeit im Kampf gegen die Auswirkungen der Pandemie unter Beweis gestellt. Angesichts der zunehmenden Anerkennung der Bedeutung von Tarifverhandlungen und des sozialen Dialogs werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, die Macht der Beschäftigten zu stärken, damit sie die Früchte ihrer Arbeit ernten und den Übergang mitgestalten können. Starke Tarifverhandlungen hängen jedoch von einem dreifachen Engagement ab: in erster Linie der Gewerkschaften und der Arbeitgeber, aber auch der nationalen Regierungen, die Verhandlungen fördern müssen und nicht verhindern dürfen. In vielen europäischen Ländern werden wir heute aufgefordert, über einen Abbau von Rechten zu verhandeln - das ist nicht akzeptabel. Erfolgreiche Tarifverhandlungen setzen eine solide Mitgliederbasis voraus. Wir werden die Autonomie der Sozialpartner auch weiterhin verteidigen und unsere Mitgliedsorganisationen bei der Entwicklung neuer Strategien und Instrumente unterstützen, um mehr Mitglieder zu gewinnen und Tarifverträge abzuschließen. Besonderes Augenmerk gilt dabei Arbeitsplätzen in aufstrebenden neuen Industriezweigen sowie Organising in der „neuen Normalität“ der Arbeitswelt. Ein investitions- und lohngetriebener Aufschwung ist der einzige Weg aus der Krise. Die Rufe nach Sparmaßnahmen müssen zum Verstummen gebracht werden.

Wir werden:

- i. uns für gerechte Lohnerhöhungen einsetzen, um die Kaufkraft der Arbeitnehmer*innen zu schützen, damit sie von ihrem Lohn gut leben können und um sicherzustellen, dass sie einen gerechten Anteil an dem von ihnen mit geschaffenen Wohlstand erhalten. Die aktuell explodierenden Lebenshaltungskosten zeigen, dass Entgelte kein Treiber der Inflation sind. Es

- müssen die eigentlichen Ursachen der Inflation angegangen werden. Der erste Schritt besteht daher darin, die Reallöhne deutlich zu erhöhen und die Lohnmechanismen aufrechtzuerhalten, um die Inflation auszugleichen und so die Wirtschaft anzukurbeln. IndustriAll Europe und ihre Mitglieder müssen die gerechtere Verteilung des Wohlstands in unseren Gesellschaften fordern.
- ii. Sozialdumping bei Jobs sowie Lebens- und Arbeitsbedingungen anprangern und bekämpfen.
 - iii. die Tarifverhandlungssysteme stärken, sie dort wieder aufbauen, wo sie zerschlagen wurden, und sicherstellen, dass damit faire und kollektive Lösungen für alle geschaffen werden.
 - iv. die Richtlinie zur Lohntransparenz nutzen, um das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu verringern und auch unsere Koordinierung bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen am und außerhalb des Arbeitsplatzes verstärken.
 - v. die Mitgliedsorganisationen dabei unterstützen, neue Strategien und Instrumente zu entwickeln, um mehr Mitglieder zu gewinnen und gewerkschaftlich zu erschließen, den Verhandlungsspielraum zu vergrößern und die Tarifbindung zu erhöhen. Dabei bauen wir auch auf die EU-Initiative zur Stärkung des sozialen Dialogs und die Annahme der Richtlinie über angemessene Mindestlöhne und die Förderung von Tarifverhandlungen. Hierbei ist die Verpflichtung der nationalen Regierungen zu betonen, die nationalen Aktionspläne auch konsequent umzusetzen. Es gilt insbesondere die positive Botschaft der Gewerkschaften hinsichtlich einer Verbesserung der Lebensbedingungen aller Beschäftigten und die Vorteile einer Gewerkschaftsmitgliedschaft für die Beschäftigten und die Gesellschaft als Ganzes zu vermitteln.
 - vi. uns gegen Steuerhinterziehung, Steueroasen und für ein gerechtes progressives Steuersystem, einschließlich der Besteuerung von Zufallsgewinnen, die Einführung einer ambitionierten (Mindest)Körperschaftssteuer sowie eine gerechtere Umverteilung des Reichtums insgesamt (auch durch mit ausreichenden Mitteln ausgestattete Sozialschutzmaßnahmen) einsetzen, da die zunehmende Ungleichheit das soziale Gefüge unserer Gesellschaften zerreiht und der Steuerwettbewerb in der Europäischen Union ruinös ist.
 - vii. die wirksame Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung der Beschäftigten in transnationalen Unternehmen stärken, um sicherzustellen, dass sie in der frühesten Phase strategischer Prozesse ein Mitspracherecht haben und in vollem Umfang an der Gestaltung des Wandels unserer Industrien beteiligt werden. Wir werden uns für einen soliden EU-Rechtsrahmen für mehr Demokratie am Arbeitsplatz (eine stärkere EBR-Richtlinie im Einklang mit den Forderungen des Europäischen Parlaments), größere Unternehmenstransparenz (ehrgeizige europäische Berichterstattungsstandards) sowie deren wirksame Umsetzung in nationales Recht einsetzen.
 - viii. Gewerkschaftsvertreter*innen in multinationalen Unternehmen und Koordinator*innen für Europäische Betriebsräte und Europäische Aktiengesellschaften (SE) durch das Bereitstellen politischer Leitlinien und praktischer Empfehlungen zur Durchsetzung und Stärkung von EBR/SE-BR sowie eines transnationalen Dialogs über strategische Fragen und Wachsamkeit, wenn es um den Abbau der nationalen Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer*innen geht, unterstützen.
 - ix. aufbauend auf der Initiative der EU-Kommission und den EU-Rechtsvorschriften zum sozialen Dialog und zu Tarifverhandlungen den sozialen Dialog sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene fördern, um die Rechte der Beschäftigten zu stärken. Der europäische Sozialdialog (auf Branchenebene sowie auf branchenübergreifender Ebene) muss unter Beteiligung von Vertreter*innen aus allen Mitgliedstaaten regelmäßig und persönlich ermöglicht werden. Er muss dafür von der EU-Kommission weiterhin mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Einigungen zwischen den Sozialpartnern müssen von den EU-Institutionen – ohne Inhaltskontrolle – unverzüglich in verbindliche Gesetzgebung umgesetzt werden.

- x. einen aktiven sozialen Dialog und die Einbeziehung und Beteiligung der Arbeitnehmer*innen am Arbeitsplatz und auf allen Ebenen fördern, da dies die Grundlage für einen geordneten und gerechten Strukturwandel ist. Die EU muss den Aufbau gewerkschaftlicher Kapazitäten unterstützen. In diesem Zusammenhang werden wir sicherstellen, dass die nationalen Behörden und Regierungen die Gewerkschaften in die Verwaltung, das Management und die Kontrolle der europäischen Fonds einbeziehen, die für die Entwicklung der industriellen Struktur der Mitgliedstaaten bestimmt sind.
- xi. alle Angriffe auf das Recht Tarifverhandlungen zu führen, das Streikrecht und andere Gewerkschaftsrechte und Gewerkschaftsfreiheiten verurteilen. Wir werden unser solidarisches Gewerkschaftsnetzwerk stärken, um die Ausübung der Gewerkschaftsrechte für alle unsere Mitglieder zu verteidigen.
- xii. uns mit der Digitalisierung und ihren Auswirkungen auf die Arbeitswelt befassen und dafür sorgen, dass Beschäftigte, Unternehmen und die Gesellschaft insgesamt die Vorteile der Digitalisierung für sich nutzen können, indem wir sicherstellen, dass sie entsprechend reguliert und Gegenstand von kollektiven Verhandlungen ist und dass die Risiken bewertet werden, insbesondere in Bezug auf KI-Systeme.
- xiii. für gute Arbeitsplätze für alle und gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse kämpfen, einschließlich der Verteidigung einer Arbeitszeitpolitik, mit der Arbeitsplätze garantiert, geschaffen und umverteilt werden und Verbesserungen beim Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie bei der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben erreicht werden. Wir werden außerdem die Geschlechterdimension im Ansatz für gute Arbeitsbedingungen berücksichtigen.
- xiv. die Aufwärtskonvergenz zwischen Ost- und Westeuropa, den Zentren und den Peripherien vorantreiben und die Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen auf dem Arbeitsmarkt bekämpfen. Wir fordern eine Überarbeitung des europäischen Aufnahmesystem, um der Idee entgegenzuwirken, dass Europa eine geschlossene Festung ist, an deren Grenzen weiterhin Menschen sterben.

3. Aufbau von Gewerkschaftsmacht für europäische Solidarität und Frieden

Wir dürfen den Wert unserer Siege nicht unter den Scheffel stellen – das historische EU-Aufbaupaket und die Vergemeinschaftung von Schulden waren ein Erfolg unserer im letzten Jahrzehnt durchgeführten Kampagne für ein sozialeres Europa. Es stellen sich jedoch immer wieder neue Herausforderungen. Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass die Verschlechterung des Lebensstandards der Menschen und steigende Arbeitslosigkeit nationalistischen Lösungen und dem Aufstieg populistischer und rechtsextremer Ideen und Parteien Vorschub geleistet haben. Die europäische Zusammenarbeit muss die Solidarität zwischen den Ländern und Völkern sowie einen Handel fördern, der auf universellen Regeln zum Wohle von Mensch und Umwelt beruht. Ferner muss sich diese Solidarität bis an die kontinentalen Grenzen und darüber hinaus erstrecken. Wir müssen geschlossen und vereint gegen strukturelle Ungleichheiten und Diskriminierung vorgehen. Während einige Unternehmen versuchen, die Situation auszunutzen und die Beschäftigten innerhalb und zwischen den Ländern gegeneinander auszuspielen, müssen wir länderübergreifende Solidarität zwischen unseren Mitgliedern aus verschiedenen Ländern aufbauen und unsere Geschlossenheit stärken, indem wir uns für mehr Demokratie am Arbeitsplatz und auch füreinander einsetzen, unsere Rechte und Arbeitsplätze verteidigen und uns mit den Beschäftigten entlang unserer industriellen Wertschöpfungsketten solidarisch zeigen. Wir werden gegen Standortverlagerungen und Arbeitsplatzverluste kämpfen, die aus Entscheidungen resultieren, die nur auf die Steigerung der

Aktionärsgehälter abzielen, ohne den Fortbestand der Unternehmen und der Arbeitsplätze zu berücksichtigen. Wir setzen uns für Gleichberechtigung und Chancengleichheit am Arbeitsplatz ein und bekämpfen alle Formen von Diskriminierung.

Wir werden:

- i. das Europäische Semester und die Vorbereitung des Dreigliedrigen Sozialgipfels genau beobachten und uns daran beteiligen, um sicherzustellen, dass vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Rezession und des Umschwenkens der Zentralbanken weltweit auf eine straffere Finanzpolitik nicht wieder ein Sparkurs eingeschlagen wird. Die Ziele des Grünen Deals und der europäischen Säule sozialer Rechte werden durch Austeritätsmaßnahmen torpediert. Solche Maßnahmen werden jedoch nicht dabei helfen, die Krise zu überwinden.
- ii. aktiven sozialen Dialog, Arbeitnehmerbeteiligung und Tarifverhandlungen als Lösung propagieren und die Bedeutung der Gewerkschaften für alle am Arbeitsplatz herausstellen.
- iii. die Solidarität zwischen den Ländern und gegenüber den Beschäftigten, die von den aufeinander folgenden Krisen betroffen sind, stärken. Es gilt außerdem Zusammenarbeit und Solidarität von und zwischen Regierungen, Arbeitgebern und Sozialpartnern zu zeigen und zu stärken. Kein Land kann diese Krisen allein bewältigen, und Solidarität muss auf alle wirtschaftlichen und sozialen Akteure ausgedehnt werden. Wir müssen echte europäische Lösungen finden und Solidarität üben.
- iv. die Beschäftigten dazu aufrufen, den Lockrufen populistischer und fremdenfeindlicher Politiker*innen zu widerstehen und zusammenzustehen, um sicherzustellen, dass wir gestärkt und nicht gespalten aus allem hervorgehen. Je prekärer die wirtschaftliche Lage von Arbeitnehmer*innen und dadurch die wahrgenommene Konkurrenz zu Immigrant*innen wird, umso mehr wenden sie sich populistischen und fremdenfeindlichen Politiker*innen zu. Wir als Gewerkschaften müssen diesem widerstehen und zusammenhalten, um eine Spaltung zu verhindern.
- v. dem ukrainischen Volk und unseren Brüdern und Schwestern in der Gewerkschaftsbewegung in uneingeschränkter Solidarität zur Seite stehen und unsere Forderung nach einer sofortigen Beendigung der russischen Kriegshandlungen bekräftigen, während wir zum Dialog und zu Gesprächen für den Frieden aufrufen. Die EU-Institutionen müssen alles in ihrer Macht Stehende tun, um zum Frieden beizutragen, so wie es im Gründungsvertrag steht. Die Stärke des Rechts gilt in Europa, nicht das Recht des Stärkeren!
- vi. den Strategien und dem Narrativ der Populisten, Extremisten und extremen Rechten entschieden entgegenzutreten und kohärente gewerkschaftliche Maßnahmen zur Verteidigung und Stärkung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entwickeln. Wir werden am Arbeitsplatz über diese Strategien aufklären sowie Vereinbarungen und Klauseln fördern, die von den Gewerkschaften zur Bekämpfung dieser Strategien ausgehandelt wurden.

Schlussfolgerung: Aufbau gewerkschaftlicher Macht bei industriAll Europe im Mittelpunkt unserer Arbeit

Starke Gewerkschaften sind unverzichtbar für starke, nachhaltige Industrien in Europa, die unseren Gesellschaften und Beschäftigten gemeinsamen Wohlstand bringen und den sozialen Zusammenhalt und Frieden in Europa unterstützen. Wir verpflichten uns zum Aufbau von Macht in unserer Bewegung und den Gewerkschaften, um die Grundlage für eine gute Gesellschaft für alle zu schaffen.

Wir müssen die kommenden zwei Jahre bis zum Kongress von industriAll Europe nutzen, um eine Debatte darüber zu führen, wie eine starke Mitgliederbasis und die Rückkopplung in die Betriebe als entscheidende Machtressource begriffen und gestärkt werden kann. Es geht um Mitgliedergewinnung, Organisationsentwicklung und den Aufbau von Kompetenzen, um sich den aktuellen Herausforderungen der Transformation zu stellen.

Dies setzt zuallererst die Bereitschaft für einen Bewusstseins- und Kulturwandel bei den Mitgliedsorganisationen von industriAll Europe selbst voraus.

Dabei ist transnationaler Austausch gegenseitiger Erfahrungen ein entscheidender Erfolgsfaktor, bei dessen Organisation und Koordinierung industriAll Europe eine entscheidende Rolle spielen könnte. IndustriAll Europe muss ein dynamischer Motor für den notwendigen Wandel sein, sowohl intern als auch extern gegenüber den politischen Entscheidungsträger*innen, damit unsere Rolle stärker berücksichtigt wird. Unsere kollektive Stimme und unser Handeln müssen klar, geschlossen und sichtbar sein.



www.industrial-all-europe.eu

info@industrial-all-europe.eu

Tel: +32 2 226.00.50

 [industriAll Europe](#)

 [industriAll_EU](#)

 [industriAll_Europe](#)